



GEMEINDE WETTINGEN

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 21. Oktober 1999, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Herr Alois Voser, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 49
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Herr Franz Hard, Schulpflegepräsident
Herr Karl Meier, Gemeindeschreiber

Herr Martin Frey, Finanzverwalter

Protokoll: Herr Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber-Stv.

Abwesend entschuldigt: Linus Angst, Mitglied des Einwohnerrates

Traktanden:

1. Protokoll der Sitzung vom 2. September 1999
2. Einbürgerungen
 - 2.1. ILJAZOVIC Emir
 - 2.2. MAMUDOSKI Sejdo, Merima, Dzejilan, Ilmi und Gülhan
 - 2.3. MORENO Ricardo
 - 2.4. OEZENIR Oezkan
 - 2.5. SLAVKOVIC Zoran
 - 2.6. VUJIC Mladen, Mileva und Oliver
3. Genehmigung Voranschläge 2000
4. Kreditbegehren von Fr. 595'000. — für den Ausbau der Staffelstrasse Nord, Teilstück Scharthenstrasse bis Obergrundstrasse und für den Neubau der Kanalisation

0 Mitteilungen

0.a Rücktritt von Heinz Z'graggen

Heinz Z'graggen erklärt den Rücktritt als Mitglied des Einwohnerrates auf den 31. Dezember 1999.

0.b Neueingänge**0.b.a Postulat Thomas Bodmer betreffend Verbesserung der Aussagekraft der Einbürgerungsgesuche und Prognose über die in den nächsten 10 Jahren zu erwartenden Einbürgerungen**

Die grosse Zahl von Einbürgerungen in Wettingen fällt jedem Beobachter des Einwohnerates auf. Schon in der nächsten Amtsperiode werden wir zudem die Einbürgerungsgesuche der nicht zurückgereisten Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo behandeln müssen.

Wegen den bilateralen Verträgen wird die Attraktivität des Schweizer Passes gerade für Personen aus Nicht-EU-Ländern noch einmal sehr stark zunehmen, denn nur mit dem Schweizer Pass können sich diese Personen in allen EU-Staaten frei bewegen und niederlassen. Damit und aus anderen Gründen ist ein dramatischer Anstieg der Gesuche zu erwarten.

Wenn wir künftig nicht überstimmt werden wollen, müssen wir die Anforderungen erhöhen. Die Aussagekraft der den Einwohnerräten zur Verfügung gestellten Unterlagen genügt dazu nicht. Es ist dem Einwohnerrat auch nicht zuzumuten, jedesmal den Spiessrutenlauf in die Aktenaufgabe anzutreten, um die wichtigsten Angaben zu erhalten.

Die Feststellung "fährt in der Freizeit gerne Rollerblade" erachte ich als weniger wichtig, als die Religionszugehörigkeit, die Erfüllung der Kirchensteuerpflicht, allfällige vorhandene andere Staatsbürgerschaften und die Frage, ob diese anderen Staatsbürgerschaften aufgegeben werden.

Bei jedem amtlichen Formular verlangt man von Schweizern, dass sie spätestens auf der zweiten Zeile ihre Religionszugehörigkeit angeben. Die Bezahlung der Kirchensteuer gilt aus sozialen Gründen geradezu als moralische Pflicht. Warum soll man von Einbürgerungswilligen die Erfüllung der gleichen Pflichten nicht verlangen dürfen? Gibt es da etwas zu verbergen?

Vom Gemeinderat ist frühere Kritik jeweils mit dem Hinweis auf die Empfehlung der gemeinderätlichen Kommission zurückgewiesen worden. Es ist jedoch hier noch einmal klar festgehalten, dass der Einwohnerrat im Entscheid über Einbürgerungen völlig frei ist.

Auch die gelegentlich gehörte Feststellung, das Gesetz definiere die Anforderungen an die Einbürgerungen ist falsch. Im Gesetz sind bloss die absoluten Mindeststandards aufgeführt. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Der Souverän ist völlig frei, nach seinem freien Ermessen und Gutdünken Einbürgerungen gutzuheissen oder abzulehnen. Ein wichtiges Volksrecht!

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, einen Bericht über die Anzahl der in den nächsten Jahren zu erwartenden Einbürgerungen zu erstellen und dem Einwohnerrat präzisere Unterlagen über die Einbürgerungskandidaten zur Verfügung zu stellen.

0.b.b Postulat Thomas Bodmer betreffend Investitionsprogramm zur Senkung der laufenden Kosten der Gemeinde

Die Steuereinnahmen in der Gemeinde Wettingen haben wieder sehr stark zugenommen. Ursache dafür dürfte der im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden tiefe Steuerfuss sein. Nun wird die Stadt Baden den Steuerfuss auch reduzieren. Damit verringert sich der Abstand. Wettingen sollte heute Vorkehrungen treffen, um in einigen Jahren eine weitere Steuerfussenkung vornehmen zu können.

Wenn ich mich in den gemeindeeigenen Bauten umsehe, orte ich an verschiedenen Orten einen Erneuerungsbedarf. Die unerwartete Steigerung der Steuereinnahmen sollte jetzt investiert werden. Dabei ist eine Senkung der laufenden Kosten (Betriebs-, Unterhaltskosten) und eine Reduktion des Aufwands durch Ausnutzung aller möglichen Rationalisierungen und durch Outsourcing anzustreben. Dies wird sich sehr bald in einer Entlastung der Gemeinderechnung auszahlen. Der Staat ist hier gegenüber der Privatwirtschaft weit zurück.

Der Gemeinderat ist zu beauftragen, konkrete Projekte vorzustellen. Dabei ist genau anzugeben, welche Einsparungen bei den laufenden Kosten aus den Investitionen resultieren.

Unbedingt zu verhindern ist es, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen für weitere konsumptive Ausgaben verwendet werden. Sollten keine Projekte mit obenerwähnter Wirkung vorgelegt werden, ist auf das Jahr 2001 eine Senkung des Steuerfusses anzustreben.

Erhöhung des Investitionsbudgets wird sich auch positiv auf das Wettinger Gewerbe auswirken. Als gewerbefreundlicher .Politiker liegt mir dies sehr am Herzen.

1 Protokoll der Sitzung vom 2. September 1999

Das Protokoll der Sitzung vom 2. September 1999 wird genehmigt und dem Verfasser verdankt.

2 Einbürgerungen

2.a ILJAZOVIC Emir

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	47

	Ja	Nein
Stimmen	46	1

2.b MAMUDOSKI Sejdo, Merima, Dzejilan, Ilmi und Gülhan

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	47

	Ja	Nein
Stimmen	40	7

2.c MORENO Ricardo

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	47

	Ja	Nein
Stimmen	46	1

2.d OEZENIR Oezkan

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	47

	Ja	Nein
Stimmen	44	3

2.e SLAVKOVIC Zoran

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	47

	Ja	Nein
Stimmen	41	6

2.f VUJIC Mladen, Mileva und Oliver

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	1
Gültige Stimmzettel	46

	Ja	Nein
--	----	------

Stimmen	37	9
---------	----	---

3 Genehmigung Voranschläge 2000

Eintretensdebatte

Roland Kuster: Die Finanzkommission hat das Budget 2000 in drei eigenen und einer gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat geprüft und entsprechende Anträge gestellt, die Ihnen heute vorliegen. Der Gemeinderat präsentiert ein ausgeglichenes Budget mit einem Umsatz von ca. 70 Mio. Franken und einem Steuereffuss von unverändert 95 %.

Einige Bemerkungen zu den Finanzkennzahlen: Der Nettoaufwand betrug 1998 26 Mio. Franken. Im Jahr 2000 soll er gemäss Budget 29.6 Mio. Franken betragen. Dies ist ein Betrag, der gegenüber dem Budget 1999 0,6 Mio. Franken höher liegt. Ein Grund für die massive Ueberschreitung ist in der Umlagerung des Finanzpakets III suchen. Dabei geht es um die Umlagerung der AHV Beiträge auf die Gemeinden. Dazu werden wir uns in der Dezemberabstimmung äussern können. Bei einer Annahme bedeutet dies Ausgaben für die Gemeinde Wettingen von ca. Fr. 850'000.—.

Der Gemeinderat budgetiert 2 % mehr Steuereinnahmen gegenüber dem letzten Jahr. Dies basiert auf Diskussion mit anderen Steuerämtern in der Umgeung und mit Finanzplanern des Kantons. Seit ein paar Jahren sind die Budgetpositionen recht gut berechnet worden.

Beim Finanzausgleich muss mit ca. Fr. 100'000.— weniger gerechnet werden. Dies liegt an der Senkung der Steuerquoten in den umliegenden Gemeinden.

Bei den Investitionen ist in Wettingen in den letzten Jahren nicht viel gemacht worden. Das Investitionsvolumen beträgt augenblicklich knapp 15 Mio. Franken. Daraus resultieren am Schluss Nettoinvestitionen von 12.9 Mio. Franken, die in Margeläcker und HPS fliessen. Daraus ergibt sich eine Neuverschuldung von 8.5 Mio. Franken. Die gesetzlichen und die Pflichtabschreibungen sind im Budget enthalten.

Die Eigenfinanzierungsquote ist mit 35 % niedrig, liegt aber auf Kurs gemäss Finanzplan. Beim Personal rechnet man mit einer um 1 % höheren Lohnsumme. Das ist ein massvolles Anheben des Lohnes. Der Gemeinderat entscheidet abschliessend, ob und wie dieses Prozent eingesetzt werden soll.

Im Stellenplan wird mit 2,5 Stellen mehr gerechnet, vor allem im Steueramt. Lehrlinge sind 13 eingestellt. Die Eigenwirtschaftsbetriebe Abwasser und Entsorgung machen der Bezeichnung Ehre. Sie präsentieren ein ausgeglichenes Budget und kommen ohne Gebührenerhöhung aus. Eine grössere Investition von netto 1,1 Mio. Franken fällt im Abwasserbereich an.

Auch das EWW wurde kontrolliert. Hier ist erfreulich, dass die Rabatte des AEW direkt an die Kunden weitergeben werden.

Ziel der Finanzkommission war konkret, den Automatismen auf den Leib zu rücken. Wir haben probiert, solche zu hinterfragen. Dort, wo sie nicht gegeben waren, wurden sie entsprechend gestrichen. Es ist Aufgabe der Finanzkommission, auf solche Punkte hinzuweisen. Wenn da und dort rote Köpfe entstehen, so sind diese normal und liegen in der Natur der Sache. Der Rat hat am Schluss die politische Verantwortung.

Die Finanzkommission ist für Eintreten.

Gemeindeammann Karl Frey: Gemäss den Zielvorstellungen des Gemeinderates, die durch die Finanzplanung erhärtet sind, ist es wiederum möglich, ein auf der Basis von 95 Steuerprozent ausgeglichenes Budget zu unterbreiten. Ich möchte lediglich zwei Feststellungen anbringen, eine erfreuliche und eine weniger erfreuliche.

Zuerst die weniger erfreuliche: Der Spielraum wird immer enger; der Bund spart und der Kanton gibt den Spardruck an die Gemeinden weiter; und was die Gemeinden mit ihren bisherigen erfolgreichen Sparbemühungen erreicht haben, wird dadurch weitgehend aufgefressen. Ein nächstes Sparpaket ist das sogenannte Finanzpaket Gruppe 3, von welchem ein Teil, nämlich bezüglich Erhöhung AHV/IV-Beitrag der Gemeinden, am 28. November zur Volksabstimmung kommt, also am gleichen Tag wie unser Budget. Die Gemeinde wird dabei mit zusätzlich Fr. 850'000.— belastet. Falls die kantonale Vorlage abgelehnt würde, könnten unser Budget um diesen Betrag entlastet und entsprechend zusätzliche Abschreibungen vorgenommen werden. Dank einer ausserordentlich grossen und beinahe masochistischen Selbstbeherrschung ist es mir möglich, heute an dieser Stelle auf eine Abstimmungsempfehlung zu verzichten.

Nun zur erfreulichen Feststellung: Der wirtschaftliche Aufschwung, auf den wir so lange gewartet haben, wird allmählich spürbar: Wir dürfen mit einer Zunahme unseres Steuerpotentials rechnen; und im Bereich der Sozialhilfe ist eine Entlastung ebenfalls in Sicht.

Ich bitte Sie, auf die Voranschläge der Gemeindeverwaltung und des EWW einzutreten.

Marcel Huggenberger: Auch dieses Jahr bedankt sich die SP/WG-Fraktion für das saubere und übersichtliche Budget bei der Finanzverwaltung. Der Voranschlag ist ausgeglichen und weist einen Steuerfuss von 95 % aus. Es ist wirklich toll, wie Wettingen als Gemeinde verwaltet wird. Aber der Einwohnerrat muss politisch lenken.

Wir finden es nicht richtig, dass Unterhaltsarbeiten ständig hinausgeschoben werden und dann als separate Kreditvorlagen in der Investitionsrechnung erscheinen. Es ist nicht gut, dass Wettingen bei 12,9 Mio. Franken Investitionen 8,4 Mio. Franken aufnehmen muss und nur 4,5 Mio. Franken eigene Mittel ausweisen kann. Der Rest muss fremdfinanziert werden. Wieso immer dieser Unmut. Wieso lässt sich der Gemeinderat einengen, wieso so ängstlich?

Vielleicht könnte auch die Idee einer 20 %-igen Abschreibung aufgenommen werden. Baden und Aarau haben 20 und 25 %. Die kommende Generation würde das begrüßen. Das innovationslose und jugendfeindliche Budget lässt Wettingen zu einer Schlafgemeinde verkommen. Unsere Fraktion ist dennoch für Eintreten.

Heinz Germann: Die FDP hat Freude an Budget. Es ist ein straffes Budget. Die Kosten sind im Griff. Der Nettoaufwand ist unter Kontrolle. Das Budget ist ausgeglichen bei einem Steuerfuss von 95 %. Wir hoffen darauf, dass die wirtschaftliche Perspektive weiter nach oben zeigt, damit der Spielraum entsteht, den wir in Zukunft benötigen. Wir haben den Glauben daran.

Wenn es dann soweit ist, muss auch von linker Seite dem nachgelebt werden, was Leo Scherer immer mit viel Phantasie sucht, um eine Steuererhöhung belegen zu können. Einmal kommt der Hochbau an die Reihe, dann ist es die Schule, dieses Jahr der Tiefbau mit seinen Werkleitungen. Wir haben einen gewissen Stau, aber wenn dann die Gelder fließen, müssen sie auch ausgegeben werden.

Charles Meier: Bin froh über einen gleichbleibenden Steuerfuss. Von Kanton und Bund werden immer mehr Aufgaben auf die Gemeinde geschoben. Da haben wir die Möglichkeit zu sagen, soweit gehen wir und nicht weiter. Die Leute sind mobil und können Wohnort wechseln, wenn der Steuerfuss zu hoch ist. Dieses Budget hat so eine Chance vor dem Volk.

Leo Scherer: Meine Freude am Budget ist sehr beschränkt und begrenzt. Das Budget ist nicht nur schön schlank, es ist magersüchtig. Ich suche tatsächlich jedes Jahr nach Gründen, es hat aber auch genug. So ist es auf das Minimum reduziert. Es ist kein politischer und finanzieller Gestaltungsspielraum mehr vorhanden. In Wahlzeiten kommen die Sprüche nach Mut und Zukunft. Aber mit diesem Rahmen haben wir keine Möglichkeit etwas Zukunftsträchtiges anzureissen.

Vernachlässigter Unterhalt im Tiefbau: Wir haben 43 km Strassen, 38 km Wege, 74 km Wasserleitungen, 59 km Kanalisationsleitungen und 173 km Stromleitungen. Das Netz in allen Bereichen ist ausgebaut und muss unterhalten werden. Nach meiner Aufstellung ist das ein Wiederbeschaffungswert von 315 Mio. Franken. Nur bei 2 % pro Jahr sind das 5 – 6 Mio. Franken für den baulichen Unterhalt. Im Budget sind aber nur 2 Mio. Franken drin. Tiefbauanlagen sind in 50 Jahren zu sanieren. Das entspricht dem durchschnittlichen Lebenszyklus der Anlagen.

Wenn die Wirtschaft anzieht, dann höre ich schon, dass dann nicht nachgeholt wird, was versprochen wurde, sondern der Unterhalt wird weiter hinausgeschoben und der Steuerfuss soll weiter gesenkt werden. Statt finanzielle Rückstellungen zu machen, sind die Gelder für Unterhalt einzusetzen.

Kurt Müller: Mit einem Budget sollten nicht die Zahlen des Vorjahresabschlusses übernommen und etwas aktualisiert werden. Mit einem Budget werden in erster Linie Ziele vorgegeben oder mindestens anvisiert. Offensichtlich hatte man bei der vorliegenden Arbeit aber nur ein Ziel, den Steuerfuss 95 % auf alle Fälle zu halten.

In allen Ressorts sind die sogenannten Tabu-Bereiche unangetastet geblieben. Die Exekutive weist zwar mit Stolz öfters auf die dank LOVA erreichten Einsparungen hin, aber für den Anfang des nächsten Jahrtausends soll nun nichts verändert werden.

Das Budget der Einwohnergemeinde Wettingen setzt aber nicht nur Ziele. Es setzt auch Signale. Nur wer die richtige Musik macht, wird neu eingekleidet. Wer trotz sinkender Einnahmen und stagnierender Pflegeleistungen seine Infrastruktur ausbaut, darf mit vermehrter Unterstützung rechnen. Wer häufiger tagt oder sitzt, wird besser entlohnt. Oder schliesslich ganz generell: wer sich auf die Tradition berufen kann, hat ausgesorgt.

In der Finanzkommission hat man erstaunlicherweise links wie rechtes den Mut gefunden und an verschiedenen Positionen im Budget ein Stop-Signal gesetzt und damit die offensichtliche Pattsituation im Gemeinderat ins Wanken gebracht. Der Einwohnerrat entscheidet nun im Rahmen der Detailberatung, ob Wettingen weiterhin rückwärts gerichtet stehen bleibt oder vielleicht doch noch die richtigen Signale, hoffentlich ohne Natel, sendet.

Detailberatung

0 ALLGEMEINE VERWALTUNG

Charles Meier: Ich habe die Zahlen zusammengezählt, welche die Finanzkommission als Streichungsanträge unterbreitet. Es muss dabei aber frustrierend sein festzustellen, dass lediglich 0,1 % gespart werden kann.

Ich habe ferner die Telefonkosten aller Budgetposten herausgesucht. Dies ergibt einen Betrag von Fr. 217'000.—. In diesem Punkt könnte von den Einsparungspotentialen der neuen Anbieter profitiert werden, noch bevor die neue Telefonzentrale installiert ist. In unserem Fall wären dies immerhin etwa 20 % oder Fr. 40'000.—.

Gemeindeammann Karl Frey: Wir kennen die Situation. Wir haben von einem Spezialangebot der Swisscom Gebrauch gemacht. Diese gewähren einen Rabatt, wenn man bis Ende Jahr bei der Swisscom bleibt. Danach kann wieder darüber disponiert werden.

1 ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

110.317.00 Spesenentschädigung Polizei

Roland Kuster: Es geht nicht darum, dass die Arbeit der Polizei in Frage gestellt wird. Es soll nichts untergraben werden. Es geht aber um einen Automatismus. Ein alter Zopf muss abgeschnitten werden. Es geht darum, dass diverse Leute in der Verwaltung einen Telefonanschluss bezahlt erhalten. Das war früher noch richtig, als noch nicht alle ein Telefon hatten. Heute kann das jeder selber bezahlen. Der Posten macht ca. Fr. 10'000.— aus. Die Motivation wird auch nicht darunter leiden.

Mit 6 : 0 Stimmen und bei 1 Enthaltung fasste die Finanzkommission den Beschluss, die Telefonentschädigung bei der Gemeindepolizei zu streichen.

Gemeindeammann Karl Frey: Es geht nur um die Polizei, in anderen Bereichen haben wir diese Entschädigung nicht mehr. Es geht um einen Betrag von Fr. 4'500.—.

Der Gemeinderat wehrt sich gegen die beantragte Streichung. Es ist klar: Es handelt sich nicht um einen grossen Betrag; die Gemeinde kann nicht viel einsparen; andererseits geht es auch beim einzelnen Polizisten nicht "ans Läßige". Aber es geht um ein psychologisches Element: Es wird den Polizisten wieder etwas weggenommen; es wird der Eindruck der Kleinkrämerei erweckt; auch wenn es sich um einen kleinen Betrag handelt, wirkt sich dies doch auf die Motivation aus. Beim heutigen Stand der Telekommunikation mag zwar diese Entschädigung deplatziert erscheinen, doch sei auf den Hintergrund verwiesen: Die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen müssen jederzeit, auch ausserhalb der normalen Arbeitszeit und der Pikettdienste, erreichbar sein. Vor allem bei einem Grossereignis müssen sie in Kürze aufgeboden werden können. Es gibt vom Arbeitsrecht bzw. vom Personalreglement her keine Rechtsgrundlage, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dazu zu verpflichten, einen Telefonanschluss zu unterhalten, ausser wenn dafür eine angemessene Entschädigung entrichtet wird. Bei Natel-Anschlüssen ist die Erreichbarkeit nicht überall gewährleistet. Es ist deshalb eine gerechtfertigte und wohl die billigste Lösung, den Angehörigen der Gemeindepolizei auch weiterhin die Entschädigung auszurichten. Im Übrigen haben auch die Kantonspolizei sowie die Stadtpolizei Baden und Aarau diese Entschädigung immer noch. Wenn jedoch der Einwohnerrat dies als alten Zopf bezeichnet und solche alte Zöpfe konsequent abschneiden will, müsste geprüft werden, ob die Entschädigung in den Lohn eingebaut werden soll. Ich bitte den Einwohnerrat, von der beantragten Streichung abzusehen.

Ruth Amacher: Die SP/WG-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeindeammans. Ich füge noch an, dass durch die Neuordnung des Schichtdienstes Lohneinbussen eingetreten sind. Pikettdienst und Zulagen sind bereits aufgerechnet.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Streichungsantrag der Finanzkommission angenommen.

140.506.01 Beschaffung Tanklöschfahrzeug

Roland Kuster: Hier wurde ein heisses Eisen angefasst. Es ist nicht so heiss, dass nicht im Einwohnerrat darüber diskutiert werden könnte. Die Finanzkommission hat keine Zweifel an der Einsatzbereitschaft und an der Motivation der Wettinger Feuerwehr. Sie steht im kantonalen Vergleich einzigartig da. Wir sind stolz auf diese Feuerwehr.

Es ist abzuwägen zwischen Investitionen und Reparatur: Ist die Sicherheit eingeschränkt oder nicht? Soll der Diskussion um eine neue Feuerwehrkonzeption vorgegriffen werden oder nicht? Das Gefahrenpotential und die Schadenssumme nehmen laufend ab.

Die Finanzkommission wollte einen Marschhalt einlegen. Die Investition kostet Fr. 500'000.—, die Abschreibung beträgtt damit Fr. 75'000.—. Die Reparatur kostet jetzt Fr. 30'000.—.

Sicherheit: Wie steht es darum, wenn die Beschaffung zwei drei Jahre hinausgeschoben wird? Der Gemeinderat musste verneinen. In diesem Zeitraum kann über die Feuerwehr diskutiert werden. Die neue Feuerwehrkonzeption ist anzusehen. Synergien im Einsatz und im Materialpools sind von Nöten.

Die Schadenssumme nimmt laufend ab. Die AVA-Auslagen werden zum Teil an die Hauseigentümer rückvergütet. Die Feuerwehr hat ihren Anteil daran.

Die Finanzkommission ist für einen Marschhalt. Sie schlägt dem Gemeinderat vor, betreffend Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden das Gespräch aufzunehmen.

Mit 4 : 1 Stimmen und bei 2 Enthaltungen fasste die Finanzkommission den Beschluss auf Streichung der Anschaffung eines neuen Tanklöschfahrzeuges.

Marianne Weber: Die LdU/EVP-Fraktion hat eingehend diskutiert. Wir haben uns schlecht informiert gefühlt. Die Broschüre von Feuerwehr und Herrn Gemeinderat Häfliger hat dann in verschiedenen Bereichen geholfen. Ich weiss nun, dass wir eine bestens ausgerüstete, organisierte und gut motivierte Feuerwehr haben. Sie hat Sorge zum Material. Das TLF ist 20-jährig und amortisiert. Das heisst aber nicht, dass es ersetzt werden muss. Wenn es nicht mehr funktioniert, soll der Gemeinderat eine Spezialvorlage unterbreiten. Unsere Fraktion unterstützt den Antrag der Finanzkommission.

Heinz Germann: Die FDP begrüsst Kooperationen mit anderen Gemeinden. Sie will, dass Zusammenarbeiten beschleunigt vorangetrieben werden. Das Gespräch ist aufzunehmen. Im Moment sind Prioritäten der Neuanschaffung höher einzustufen, als die Zusammenarbeitsdiskussionen. Die Mehrheit der Fraktion sagt ja zum TLF.

Paul Käufeler: Die CVP erwartet die kritische Haltung der Finanzkommission. Man kann aber nur kritisch und fair sein, wenn die nötigen Abklärungen bei den zuständigen

Personen getroffen werden. In diesem Punkt ist der Kommission ein Vorwurf zu machen. Hätte man dies gemacht, so wären verschiedene Fragen sicher auch im Sinne der Finanzkommission beantwortet worden.

Ziel der Finanzkommission war primär, die Nachbargemeinden zur Zusammenarbeit mit Wettingen zu zwingen. Die Notwendigkeit des TLF scheint der Finanzkommission weniger umstritten. Wenn aber auf Gemeinderat und Feuerwehrkommission Druck ausgeübt werden soll, so kann dies über die Presse gemacht werden. Der CVP scheint dieser Weg über einen Streichungsantrag schwierig. Das TLF garantiert mit für die Sicherheit der Bevölkerung. Die CVP bittet die Finanzkommission, solche Spiele in Zukunft zu unterlassen. Es sollen jene Mittel angewendet werden, die allen Mitgliedern des Einwohnerrates zur Verfügung stehen.

TLF: Die CVP meint, die Sicherheit hat erste Priorität, trotz Sparbemühungen. Dazu gehören neben einem hohen Ausbildungsstand auch Fahrzeuge und Maschinen. Die Feuerwehr Wettingen ist bis heute mit den Finanzen sparsam umgegangen. Neben der Sicherheit ist auch die Wirtschaftlichkeit anzusehen. Im Investitionsplan ist der Ersatz des TLF vorgesehen. Solche Pläne sollten eingehalten werden können. Das letzte Fahrzeug wurde 1995 angeschafft. Wenn man nun die Reparaturkosten und den Wiederverkaufswert sowie die Subventionen einrechnet, so spricht das für die Anschaffung des TLF im Jahr 2000.

Die CVP beantragt, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Leo Scherer: Es steht der Vorwurf im Raum, die Finanzkommission sei nicht sauber vorgegangen. Der Gemeinderat hat nach unserer Sitzung genug Zeit gehabt, sich mit unserer Haltung auseinander zu setzen.

Ein Materialpool verschiedener Feuerwehren sollte geschaffen werden und ist allenfalls zu nutzen. Vorstösse zur besseren Zusammenarbeit sind auch schon eingebracht worden. Manchmal muss etwas gestrichen werden, das mehr zum Denken anregt, als ein gutes Papier. Auch im Zivilschutz könnte der Hebel angesetzt werden. Wettingen zählt zu jenen Gemeinden, die das Soll übererfüllt haben. Auch in diesem Bereich hätte man sich etwas weniger kooperativ zeigen können. Im Feuerwehrbereich kommt nichts in Bewegung, wenn nicht zu solchen nun verwendeten Massnahmen gegriffen wird.

Marcel Huggenberger: Solange kein sicherheitstechnischer Aspekt besteht, ist die Notwendigkeit einer Neubeschaffung nicht gegeben. Im Umkreis von 5 km hat es mindestens 6 TLF. Der Einsatz könnte koordiniert werden. So häufig kann es gar nicht brennen, dass nicht alle benötigten Fahrzeuge zur Verfügung stehen würden.

Paul Käufeler: Es ist gefährlich, wenn jemand am Tisch etwas beschliesst, ohne vom Einsatz etwas zu wissen. Die Finanzkommission hat sich nicht informiert. Gespräche laufen noch, auch wenn Baden abgesagt hat.

Thomas Bodmer: Mich hat die Aussage Kuster überzeugt, dass die Sicherheit nicht gefährdet ist. Somit ist die Basis gegeben, dass die Investition nicht getätigt werden muss. Damit können die Korrekturen in der Zusammenarbeit angebracht werden. Sonst würden diese Bestrebungen wieder im Sand verlaufen.

Charles Meier: Natürlich wäre es verlockend, diesen Posten zu streichen, aber eine Streichung wäre keine echte Einsparung, weil der Ersatz des TLF in spätestens 1-2 Jahren wieder auf das Tapet käme. Es geht auch nicht an, diese Anschaffung von einer Strukturrevision der Feuerwehr abhängig zu machen. Diese muss ohnehin kommen und vielleicht kann der Gemeinderat Zusicherungen abgeben, dass in dieser Richtung etwas vorwärts gemacht wird. Die Stadt Baden hat ja zu erkennen gegeben, dass sie bei der Schaffung einer Pfortner-Anlage in Wettingen Ost mit unserer Gemeinde "zusammenarbeiten" will. Folglich dürfte sie sicher auch bereit sein, in Feuerwehrbelangen mit Wettingen zusammenzuarbeiten. Noch ein Argument zur Sicherheit:

Im Brandfall müssen die Feuerwehrfahrzeuge mit Volldampf ausrücken und die Fahrer entsprechende Risiken in Kauf nehmen. Darum haben sie auch Anspruch darauf, über Fahrzeuge zu verfügen, die bezüglich Sicherheit dem neuesten Stand Technik entsprechen, was bei einem 22-jährigen Oldtimer sicher nicht der Fall sein kann.

Pius Benz: Der Materialpool ist bei einem TLF eine Illusion. Es muss von einer ausgebildeten Mannschaft bedient werden. Für einen überregionalen Einsatz ist eine voll ausgebildete Mannschaft nötig. Jedes Fahrzeug hat seine Eigenschaften. Das TLF ist das falsche Objekt für eine Sparübung. Auch die Autodrehleiter ist im gleichen Alter wie das TLF. Es sind Fr. 140'000.— investiert worden für die Totalrevision und doch bestehen mehr Probleme damit. Die Autodrehleiter ist in den nächsten zwei Jahren zu ersetzen.

Gemeinderat Werner Häfliger: Der Streichungsantrag hat bei der Feuerwehr grosse Beunruhigung ausgelöst. Man ist nicht gegen Tabuthemendiskussionen.

Ich danke für die Diskussion im Rat. Ich hoffe, dass das Papier von Feuerwehrkommandant und mir noch gewisse Entscheidungsgrundlagen geliefert hat. Zur Frage ob die Sicherheit gewährleistet sei. Herr Benz hat meine Aussage, welche ich in der Finanzkommission gemacht habe, wieder relativiert. Ich halte fest, dass auch ein neues TLF keine Garantie für Sicherheit gibt. Auch es kann aussteigen. Ob die Investition, die getätigt werden soll, wurde am Beispiel der Autodrehleiter erläutert. Da wurde eine Sparübung gemacht, die sich schlussendlich doch als falsch erwiesen hat.

Zur Aussage Kuster betreffend Schadenpotential nimmt ab. Das bestreite ich. Ein solches nimmt laufend zu, ohne zu dramatisieren. Wegen der durch Wettingen laufenden Transportrouten und anderer Anlagen besteht eine Massierung von Risiken. Das belegt auch das Risikokatasters.

Mit einem kleinem Partner kann der Grosse nicht sparen. Eine Zusammenarbeit kann Vorteile bringen, vergleichen Sie mit der Polizei. Mit Baden wollten wir in gewissen Bereichen zusammenarbeiten. Eine regionale Feuerwehr ist jedoch eine professionelle Feuerwehr mit grossem Stellenplan. Im Sinne von Herrn Meier kann ich zusichern, dass der Gemeinderat zusammen mit der Feuerwehr Zusammenarbeitsmodelle realisieren will.

Es herrscht die Vorstellung, dass bei einer Zusammenarbeit die Anschaffungen günstiger werden. Schauen Sie jedoch nach Baden und vergleichen Sie das neu erstellte Magazin. Für unsere Feuerwehr ist die Diskussion ein Hinweis, dass der Bestellblock im Rathaus nicht einfach abgegeben werden kann. Investitionen werden kritisch hinterfragt.

In der Feuerwehrkommission ist ein Papier zum Feuerwehrkonzept 2000 – 2005 in Ausarbeitung. Ich bitte die Finanzkommission, die Investition zu tätigen. Der Gemeinderat hat die Meinung, dass die Investition nötig und zeitlich richtig ist.

Roland Kuster: Wir haben mit dem Gemeinderat gesprochen. Der Gemeinderat hat auf der Grundlage der Anfrage durch die Finanzkommission eine entsprechende Antwort ausgearbeitet.

Andreas Rufener: Mich interessieren die technischen Daten. Hat das neue Fahrzeug eine grössere Leistung auf der Seite der Pumpen, wie sieht es mit dem Wasservorrat aus? Wie steht es um die technischen Merkmale beim Fahrwerk?

Markus Widmer: Das Fahrzeug ist auf dem neuesten Stand der Technik. Wir wollten aber nicht mehr betreffend Volumen. Wir wollten ein kleines, wendiges und zweckmässig ausgerüstetes Fahrzeug. Es soll das heutige Fahrzeug in den gleichen Dimensionen abgelöst werden. Sämtliches Inventar des alten Fahrzeuges wird übernommen. Der Wasservorrat beträgt 4'000 l und 500 l für Schaumextrakt. Das TLF muss das erste Fahrzeug sein, das auf dem Brandplatz eintrifft.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Streichungsantrag der Finanzkommission mit 32 : 12 Stimmen abgelehnt.

150.314.00 Militär, baulicher Unterhalt Schiessanlage

Roland Kuster: Die Gemeinde hat im Budget 1999 einen Betrag für Lärmschutzmassnahmen vorgesehen. Aufgrund von Absprachen mit Kanton kann die Investition nicht getätigt werden. Ein Uebertrag ist nötig.

Der im Budget 1999 eingesetzte Schiessstunnel für die Schiessanlage Eigi kann im laufenden Jahr nicht realisiert werden. Die Finanzkommission beantragt deshalb, den Budgetbetrag von Fr. 50'000.— für den Schiessstunnel wiederum ins Budget 2000 einzusetzen.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Antrag der Finanzkommission mit grosser Mehrheit zum Beschluss erhoben.

2 BILDUNG

206.311 Schulhäuser, Anschaffung von Handys

Roland Kuster: Die Schulpflege beantragt pro Schulabteilung ein Handy für Sicherheitsaspekte anzuschaffen (Schulreisen, Lager etc.). Die Finanzkommission erachtet es als wünschenswert und nicht notwendig. In Gebieten ohne gute Natel-Erschliessung muss auf andere Mittel ausgewichen werden. Neben der Anschaffung ist auch der Unterhalt anzusehen (bspw. Gesprächskosten).

Mit 6 : 0 Stimmen und bei 1 Enthaltung beantragt die Finanzkommission, die Budgetkredite für die Anschaffung von Handys zu streichen.

Vizeammann Heiner Studer: Es handelt sich hier um keinen Automatismus, man soll auch nichts provozieren. Die Schulpflege hat eine Abgrenzung gemacht und festgelegt, dass in einem Jahr alles geregelt werden soll. Schulpflege und Gemeinderat haben die Meinung, dass es vertretbar ist, für alle Schulkreise je ein Gerät anschaffen zu können. Weitere Natels sollen nicht angeschafft werden.

Charles Meier: Angesichts der tiefen Kosten ist die Anschaffung auch für Lehrer kein Problem mehr. Bezüglich der Auslagen für das Abonnement kann allenfalls auf Spesenbasis eine Regelung getroffen werden.

Abstimmung:

In der anschliessenden Abstimmung wird der Antrag der Finanzkommission auf Streichung mit grosser Mehrheit angenommen.

209.311.00 Bezirksschule, Anschaffung eines E-Pianos

Roland Kuster: In Musikschule ist bereits ein solches Instrument vorhanden. Die Kommission bezweifelt die Notwendigkeit, ein zweites Instrument in die Bezirksschule zu stellen. Die Auslastung ist nach unserer Auffassung nicht gegeben. Die Anschaffung ist wünschbar und darum wird Streichung beantragt.

Vizeammann Heiner Studer: Neuerdings besitzt die Musikschule ein E-Piano. Am Wettinger Fest kam es auch zur Anwendung. Es zeigt sich aber, dass ein solches Piano nicht herumgeschoben werden sollte. Die Musikschule benötigt es für den Musikunterricht. In der Bezirksschule würde das E-Piano für Unterrichtszwecke und Veranstaltungen eingesetzt.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Streichungsantrag der Finanzkommission mit 23 : 19 Stimmen gutgeheissen.

211.313.02 Verbrauchsmaterialien Werken, Gartenbau

Roland Kuster: Hier besteht ein Budgetposten, der gegenüber dem Voranschlag 1999 um Fr. 11'000.— oder ca. 20 % aufgestockt werden soll. Eine Begründung liegt nicht vor. In der Rechnung 1998 wurde der Betrag um Fr. 3'000.— gegenüber dem Budget unterschritten. Bis Ende September 1999 sind erst 35 – 40 % belastet. Der Kommission ist auch klar, dass im letzten Quartal noch Sachen dazu kommen. Dennoch ist die Erhöhung nicht nachvollziehbar. Die Kommission beantragt eine Streichung der Erhöhung und den Betrag auf die Höhe des Budgets 1999 zurückzunehmen.

Margrit Wahrstätter: Die Zahl allein sagt nichts. Die Begründung ist in den Erläuterungen gegeben. Bei einem Betrag von Fr. 2.20 pro Lektion sowie Schülerin und Schüler kann kein Unterricht stattfinden. Mit der angestrebten Erhöhung auf Fr. 2.80 ist ein solcher sehr wohl möglich. Die Werklehrkräfte sollten einen attraktiven Unterricht bieten und die Lust am Werken fördern.

Vizeammann Heiner Studer: Der Präsident der Finanzkommission hat gesagt, man habe keine Antwort erhalten. Umgekehrt wurde man auch nicht gefragt. An der gleichen Sitzung wurde das Thema aufgeworfen und ein verbindlicher Entscheid getroffen, ohne den Gemeinderat danach zu fragen. In ein paar Fällen wurde seitens der Finanzkommission so verfahren. Es wurde direkt abgestimmt ohne eine Reaktionsmöglichkeit im Gemeinderat. Der Gemeinderat akzeptiert diesen Umgang nicht.

Zu diesem Posten. Es geht um das Werken. Aus der Praxis der Lehrkräfte ist die Erhöhung gerechtfertigt. Die Förderung des Handwerklichen ist sinnvoll.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Streichungsantrag mit grosser Mehrheit abgelehnt.

219.300 Schulpflege und Kommissionen der Schule

Roland Kuster: Hier geht es um eine Aenderung und nicht um eine Streichung. Die Finanzkommission hat festgestellt, dass eine Entwicklung im Gange ist, die man 1997 unterbrechen wollte. Es geht um Kommissionspauschalen und Sitzungsgelder. Das Thema wurde übrigens grundsätzlich angesehen. In der ganzen Gemeinde fallen rund Fr. 750'000.— Sitzungsgelder an.

1997 sind die Anpassung der Pauschalen vorgenommen worden, um Kleinstdiskussionen und Einzelgespräche integrieren zu können. Man hatte die Meinung, dass sich die Sitzungsgelder plafonieren würden. Die Finanzkommission kam zur Ueberzeugung, der Schulpflege den Auftrag mitzugeben, sich im Rahmen einer Klausurtagung darüber zu unterhalten, wie im Organisationsbereich die Schulpflege entlastet werden könnte.

Die Kommission war der Auffassung, dass ein Teil der bestehenden Sitzungsgelder in einen anderen Topf umgebucht würden, um für diese konzeptionelle Arbeit verwendet werden zu können. Langfristig könnte so allenfalls eine Plafonierung herbeigeführt werden.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Budgetkredit für Sitzungsgelder um Fr. 7'650.— auf Fr. 68'850.— zu reduzieren und gleichzeitig einen neuen Budgetkredit für Strukturreform Schulpflege im Betrage von Fr. 7'650.— aufzunehmen.

Vizeammann Heiner Studer: Dies ist der klassische Fall, wo einige Informationen zur Entscheidungsfindung gegeben werden müssen. Auch dieses Thema ist von der Finanzkommission abschliessend entschieden worden. Wir sind überzeugt, hätte man vorher darüber gesprochen, hätte die Finanzkommission den Antrag nicht gestellt.

Die Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission zum Einwohnerratsbeschluss vom 26. Juni 1997 stimmen nicht. Der Gemeindeammann hatte in der Detailberatung klar gesagt, dass diese Pauschale für die gesamte Belastung von Präsident und die anderen Mitgliedern der Schulpflege gelten. Die übrige Sitzungsgeldregelung wurde beibehalten. Das ist nicht bestritten gewesen. Der Wille des Rates war es für vier Jahre die Sitzungsgelder zu fixieren. In der Halbzeit der Amtsperiode sollen die Spielregeln nicht geändert werden. Es ist etwas passiert. Ich habe Einblick in die Tätigkeit der Schulpflege und ihrer Kommissionen.

An einer Schulpflegesitzung müssen alle Rektorinnen und Rektoren dabei sein. Damit kostet es Fr. 995.— pro Sitzung. Die Schulpflege macht nicht auf Sitzungsmaximierung. Es kann auch einmal eine Sitzung ausfallen. Die Schulpflege hat Betreuungsgruppen eingesetzt, sofern vom Gesetz ermöglicht. Damit ist die Sitzungsdauer verkürzt worden.

Die Schulpflege hat sich bemüht, die Entschädigungen minim zu halten. Diese Informationen wären erhältlich gewesen.

Nach dem Willen der Finanzkommission soll die Schulpflege etwas bekommen, um die Strukturen anzupassen. Die Schulpflege hat eine Klausurtagung durchgeführt, um das zu beurteilen. Die Strukturfragen sind diskutiert worden. Das Kostenbewusstsein ist vorhanden.

Jakob Bachmann: Aus persönlicher Sicht wird hier von der Idee her trotzdem eine Streichung vorgeschlagen. Neue Aufgaben sollen geschaffen werden. Eine Strukturreform bedeutet mehr Arbeit und mehr Sitzungen. Damit sind Fr. 7'650.— weniger für den Kundenservice vorhanden, der bestehen bleiben muss. Die Ansprüche sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Ich beantrage, den Gesamtbetrag im Sinne des Budgetvorschlages beizubehalten.

Kurt Müller: Es ist nicht die Frage, ob die Schulpflege gute Arbeit leiste. Es geht um die Frage, ob die Schulpflege dies mit den heutigen Strukturen und Ressourcen auch morgen und übermorgen noch tun kann. Die Schulpflege ist zu sehr mit dem Tagesge-

schäft befasst. Für die Führung fehlt die Kraft und die Zeit. Wir müssen uns nicht wundern, wenn die Mitglieder künftig nicht mehr gefunden werden können.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Streichungsantrag der Finanzkommission mit grosser Mehrheit abgelehnt.

214.314 Baulicher Unterhalt durch Dritte Schulanlage Altenburg

Marianne Weber: Im Jahre 1997 sind mit der Motion Hugentobler und Amacher Fr. 30'000.— für die Umgestaltung des Pausenplatzes Altenburg eingesetzt worden. Es wäre dabei um drei Aenderungen gegangen. Davon ist lediglich der Sitzkreis für Fr. 18'000.— realisiert worden. Das restliche Geld wurde nicht verwendet. Zur Sache habe ich eine Interpellation eingereicht. In der Antwort hiess es, dass die Fr. 12'000.— nicht verwendet würden, ja sogar verfallen seien.

Auf Anraten des Gemeindeammanns habe ich einen schriftlichen Antrag zuhanden des Budgets formuliert. Nun stelle ich fest, dass dieser nicht in den Voranschlagsentwurf eingeflossen ist. So formuliere ich heute diesen Antrag neu und verlange, dass das besagte Konto um Fr. 12'000.— erhöht wird.

Gemeinderat Robert Picard: Für den Gemeinderat ist die Sache abgeschlossen. Dass nicht alle dahinter stehen, ist auch noch belegbar. Die Sitzgruppe wird nicht benutzt. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Marianne Weber: Es ist so, dass ursprünglich eine Sitzgruppe verlangt worden ist, es sollte ein Mergelbelag eingebracht und der Brunnen umgestaltet werden. Lediglich die Sitzgruppe wurde realisiert.

Margrit Wahrstätter: Man soll an das ganze Projekt denken, zwei Punkte sind noch nicht realisiert. Der Betrag von Fr. 9'000.— ist in das Budget aufzunehmen.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Antrag Weber mit 25 : 15 Stimmen abgelehnt.

219.365.00 Mittagstisch Altenburg

Ruth Amacher: Die Schweiz kennt keine Kindertagesbetreuung durch die Schule. Der Mittagstisch leistet wertvolle Beiträge. Zur Zeit besuchen 16 - 24 Kinder viermal pro Woche den Mittagstisch. Sie werden gut betreut und erhalten eine Mahlzeit, die von einer angestellten Köchin zubereitet wird. Die Lohnkosten belaufen sich auf Fr. 25'000.—. Wettingen zahlt heute Fr. 2'000.—. Ich stelle den Antrag den Betrag auf Fr. 4'000.— zu erhöhen.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Antrag Amacher um Erhöhung auf Fr. 4'000.— mit 26 : 16 abgelehnt.

3 KULTUR, FREIZEIT

300.311 Erwerb von Kunstwerken

Roland Kuster: Kultur im Gesamten war auch ein Schwerpunktthema der Finanzkommission. Es gehörte der ganze Bereich der Kultur dazu, also auch Sport, Kunst, Vereine und Unterstützungen. Wir haben uns nach Fortschreibungsautomatismen umgesehen. Hier sind verschiedene Themen aufgeworfen worden. Es resultierten aus der Prüfung drei Anträge an den Einwohnerrat.

Die Gemeinde besitzt rund 600 Kunstwerke, Bilder, Druckgrafiken. Ein Inventar ist auf Anfrage der Finanzkommission in Arbeit und gemäss Aussage des Präsidenten der Kunstkommission nächstens verfügbar. Das Thema Kunst wurde auch an der gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat aufgeworfen.

Die Gemeinde führt die Galerie Gluri-Suter-Huus, in welcher 6 – 8 Ausstellungen pro Jahr durchgeführt werden. Die vertraglichen Vereinbarungen mit den Künstlern beinhalten, dass vom Erlös der verkauften Bilder 20 % an Gemeinde zurückfliessen, was einem normalen Galerievertrag entspricht. Die Gemeinde setzt den Betrag ein für den Kauf eines Kunstwerkes beim Künstler. Das kann auch einmal mehr sein als die im Budget festgehaltenen Fr. 30'000.—. Gesamthaft ist diese Position ausgeglichen. Die Finanzkommission hat sich gefragt, ist es richtig, dass die Gemeinde die Galerie führt, ohne dass am Schluss etwas herauschaut. Der Gemeinde gehört das Gebäude, die Gemeinde finanziert den Unterhalt und den Betrieb. Die Gemeinde bietet pro Jahr durchschnittlich 6 - 8 Künstlern die Gelegenheit zur Präsentation.

In den Anfängen mag diese Tradition ihre Richtigkeit gehabt haben. Man wollte Künstlern eine Ausstellungsmöglichkeit verschaffen, die sonst nicht den Zugang zu Galerien gefunden hätten. Heute ist die Zeit etwas anders. Es bestehen unzählige private Galerien. Die Ausstellungsmöglichkeiten sind bedeutend besser. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es Sinn macht, Geld einzunehmen und wieder auszugeben. Die Kommission wollte einen Marschhalt einschalten. Könnte man allenfalls einen anderen Vertrag aufsetzen?

Die Finanzkommission war in der Beantwortung dieser Frage uneinheitlich. Mit Stichtentscheid ist die heutige Diskussion zu Stande gekommen.

Werner Wunderlin: Die CVP-Fraktion hat sich lange mit diesem Antrag auseinandergesetzt. Wir würdigen positiv die Absicht der Finanzkommission, Automatismen zu prüfen. Wir bedauern jedoch, dass die Budgetposition ersatzlos gestrichen werden soll. Eine Gemeinde in der Grössenordnung von Wettingen muss das Interesse an der Unterstützung von Künstlern haben. Ein Budgetposten muss gegeben sein. Es scheint uns aber nicht sinnvoll, dass eine Koppelung an das Gluri-Suter-Huus besteht. Die Gemeinde soll kaufen können, soll aber nicht müssen. Die Gemeinde soll frei sein, im Rahmen des Budgets auch andere oder nur andere Kunstwerke anzuschaffen. Die bisherige Praxis soll entkoppelt werden.

Die CVP stellt deshalb folgende Anträge:

1. Entgegen dem Antrag der Finanzkommission sei die Budgetposition "Erwerb von Kunstwerken" (300.311.00) mit Fr. 30'000.— im Budget zu belassen.
2. Der Betrag ist neu als ordentliche Budget-Aufwandposition (Kostendach) zu qualifizieren, ohne Konnex mit der Position 300.434.00 (Verkaufsprovision Kunstausstellungen).

Felix Feiner: Wir haben heute schon viel über Automatismen gehört. Ich frage mich, was im Konto 300 hinterfragt worden ist. Sind es eigentlich nur jene, die einem nicht passen? Oder ist es Kultur, wenn bald nichts mehr für die Kultur getan werden soll?

Ueber Kultur zu diskutieren, ist schwierig. Ich stelle den Antrag, dass für die Positionen 300.311.00 (Erwerb von Kunstwerken), 300.318.06 (Wettinger-Buch), 300.365.01 (verschiedene Beiträge) und 300.365.16 (Buch Eduard Spörri) gesamthaft 100'000.— bewilligt werden. Ueber Verteilung und Einsatz des Betrages entscheidet der Gemeinderat. Wir streiten uns so nicht über einzelne Werke.

Ruth Amacher: Ich finde den Automatismus betreffend Kauf von Kunstwerken aus den Ausstellungen im Gluri-Suter-Huus gut. Die Kommission wählt subtil aus. Die Gemeinde kann auf günstige Art Bilder übernehmen. Zur Diskussion steht die Umnutzung des Alten Dorfschulhauses in eine Galerie. Dort könnten die Bilder in einer wechselnden Ausstellung gezeigt werden. Die nicht mehr gewünschten Bilder könnten sogar versteigert werden. Ich bin für Beibehaltung der Budgetpositionen.

Thomas Bodmer: Ich finde es eine gute Gelegenheit etwas zu streichen und einzusparen, das uns eigentlich nicht weh tut. Die beiden anderen Anträge von CVP und Felix Feiner finde ich rechtlich bedenklich. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Umklassierung möglich ist. Neue regelmässige Ausgaben sind separat zu traktandieren.

Vizeammann Heiner Studer: Zu den gestellten Anträgen ist positiv zu vermerken, dass man im nächsten Budget Mittel einsetzen will. Es ist kein Automatismus, der zwingend durchgesetzt worden ist. In den Verträgen steht nicht, dass für die Provision in allen Fällen etwas gekauft werde. Es hat sich eine Praxis entwickelt, dass von den Kunstschaffenden gekauft wird. Die Kunstkommission übernimmt die Auswahl und den Ankauf anstelle des Gemeinderates. Sie kann auch entschliessen, den Betrag gar nicht oder nur zum Teil umzusetzen.

Der Gemeinderat kann sich dem CVP-Antrag anschliessen, es handelt sich hier um mehr als nur um einen Kompromiss.

Der Antrag Feiner könnte der Behörde sympathisch sein, aber nicht ideal bei der Budgetierung. Der Einwohnerrat soll entscheiden, was er ausgeben will und was nicht. Kompetenzen, die dem Gemeinderat übertragen werden, werden gerne entgegen genommen.

Heinz Germann: Ich will noch ein paar Gedanken einbringen, die in der Finanzkommission geäussert wurden. Die Beurteilung von Automatismen ist das eine. Der Marschhalt ist das andere Stichwort. Das Inventar, die Quantität wurde schon mehrmals hinterfragt, letztmals bei der Behandlung der Rechnung 1998. Im Inventar wird ein Wert von ca. 1,5 Mio. Franken ausgewiesen werden.

Der Automatismus war für uns ein schlechter Ratgeber. Im Sinne eines Marschhaltes wollte man sehen, was vorhanden ist. Was soll mit all den Werken geschehen? Es könnte ein Zugzwang entstehen. Das freiwerdende Dorf-Schulhaus muss für eine Ausstellung verwendet werden. Ein Zugzwang wäre falsch. Investitions- und Folgekosten wären unter solchen Vorzeichen zu beurteilen. Im Moment plädiere ich für einen Marschhalt.

Gemeindeammann Karl Frey: Der Antrag Feiner verstösst gegen den Grundsatz der Spezifikation. Im Rahmen der Budgetierung muss nach Aufwand getrennt werden.

Felix Feiner: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Leo Scherer: Ich bin auch dafür, in den nächsten Jahren sich über den Fortbestand des Kunstfundus Gedanken zu machen. Dies kann aber auch geschehen, ohne dass auf Neuanschaffungen verzichtet wird. Auch die kommenden Neuanschaffungen werden keine Sachzwänge provozieren. Das grosse Volumen bestehender Kunstwerke zwingt, sich über die Platzfragen Gedanken zu machen. Der Marschhalt ist für mich nicht nötig.

Abstimmung:

In einer eventuellen Abstimmung obsiegt der Antrag der CVP gegenüber dem Antrag der Finanzkommission mit grosser Mehrheit gegen vier Stimmen.

In der Hauptabstimmung wird der Antrag der CVP mit grosser Mehrheit jenem des Gemeinderates vorgezogen.

300.365.01 verschiedene kulturelle Beiträge

Roland Kuster: Der Gemeinderat beantragt eine Erhöhung um Fr. 5'000.— gegenüber dem letzten Budget. Dadurch würde eine grössere Flexibilität gewahrt. Die Finanzkommission meint, es liege kein konkreter Antrag des Gemeinderates vor. Deshalb soll der Budgetbetrag auf dem Niveau 1999 belassen werden.

Mit 4 : 2 Stimmen und bei 1 Enthaltung beantragt die Finanzkommission dem Einwohnerrat, den Budgetkredit für kulturelle Beiträge um Fr. 5'000.— auf Fr. 35'000.— zu kürzen.

Vizeammann Heiner Studer: Im Antrag des Gemeinderat steckt folgendes: alle vier Jahre immer in der Mitte der Amtsperiode werden die Beiträge geprüft. Eine entsprechende Arbeitsgruppe stellt dem Gemeinderat Antrag auf Erhöhung, Beibehaltung oder Streichung.

Es ist richtig, dass kein konkreter Antrag vorliegt. Hier erhalten wir eine Manövriermasse. Die Gesuche kommen ohne Vorankündigung und nehmen einen rechten Umfang an. Die Summe soll erhöht und vier Jahre lassen werden.

Heinz Germann: 1998 ist die Position mit Fr. 30'000.— abgerechnet worden. An der gemeinsamen Sitzung ist die Begründung in Bezug auf die Ueberprüfung in der Mitte der Amtsperiode so nicht angekommen. Im Voranschlag 1999 sind Fr. 35'000.— eingestellt und sollen nun weiter auf Fr. 40'000.— erhöht werden. Der Nettoaufwand soll auch im Kleinen versucht werden beizubehalten.

Leo Scherer: Hier haben wir mein eingangs erwähntes Stichwort Spielraum bewahren. Der Gemeinderat wirft das Geld nicht immer heraus. Es gibt auch Jahre, da werden nur Fr. 30'000.— statt budgetierten Fr. 35'000.— ausgegeben.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Streichungsantrag der Finanzkommission mit 26 : 17 befürwortet.

300.365.16 Beitrag an Buch für Bildhauer Eduard Spörri

Roland Kuster: Es geht hier um eine Budgetposition für einen sehr bekannten Wettlinger Künstler, mit grösstem Wirkungskreis in der Region. Zum 100. Geburtstag im Jahr 2001 soll ein Buch herausgegeben werden. Die beiden Hauptautoren sind Garanten für ein gutes Buch. Die Angaben zur Position im Umfang von Fr. 100'000.— ist sehr vage. Die Gemeinde soll das Projekt mit Fr. 20'000.— unterstützen.

Bereits 1970 und 1980 sind in kleinerem Umfang Bücher zum Thema Spörri unterstützt worden. Es wurden solche Werke in einigen Exemplaren in die Gemeindebestände übernommen. 1995 ist wieder ein Kunstband geschaffen worden, in dem auch Eduard Spörri vertreten war.

Die Finanzkommission bezweifelt den kulturellen und finanziellen Nutzen und die Breitenwirkung des erneut geplanten Buches. Es ist Mode, dass ein Buch herausgegeben wird. Es ist die Frage, wer kauft es, wer liest es, wem soll es geschenkt werden?

Die Finanzkommission hat die Meinung, dass der Beitrag an das Buch zu wenig für uns und das Buch bringt. Es bringt auch nichts für die Diskussion um Kultur und Kunst in der Gemeinde bei der Errichtung einer Galerie in der Gemeinde im Dorfschulhaus.

Mit 3 : 2 Stimmen und bei 2 Enthaltungen beschloss die Finanzkommission, dem Einwohnerrat die Streichung des Beitrages von Fr. 20'000.— für ein Buch, das zum 100. Geburtstag von Eduard Spörri herausgegeben werden soll, zu beantragen.

Vizeammann Heiner Studer: Es wurde bereits erwähnt, dass zum 70. Geburtstag 100 Bücher zu Fr. 28.— und zum 80. Geburtstag 50 Bücher zu Fr. 35.— gekauft worden sind. Es wurde wenig ausgegeben. Jetzt stellt sich die Frage, ob im Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag etwas Spezielles gemacht werden soll. Es gibt eine Möglichkeit, die Person des Künstlers und sein Umfeld in dem er gewirkt hat, sichtbar zu machen. Es handelt sich um keine Prestigesache der Autoren.

Ich zitiere Pirmin Meier: "In dieser Sache habe ich nun zusammen mit Josef Rennhard ein Buchkonzept in Aussicht genommen, welches in erster Linie als Beitrag zur aargauischen und Wettinger Kulturgeschichte im 20. Jahrhundert zu lesen wäre, und nicht einfach als weiterer Bildband zum Thema Spörri. Selbstverständlich würden auch Recherchen zur Wettinger und der benachbarten Lokalgeschichte gemacht, einschliesslich der kritisch zu stellenden Frage nach Spörri's Kunst-Ideologie und seiner Bedeutung als zeitweilig "offizieller" Künstler des aargauischen "liberalkonservativen Realismus". Natürlich kämen auch die klassischen Themen von Spörri wie Erntedank, Jagd, Reliefkunst usw. zur Sprache."

Es stellt sich die Frage, ob die Gemeinde vorausgehen sollen? Tut sie es nicht, wird auch das Kuratorium nichts ausschütten. Private schauen auf die öffentliche Hand. Details konnten zum Zeitpunkt der Budgeteingabe noch nicht erhältlich gemacht werden. Mit dieser Budgetposition erhalte der Gemeinderat die Kompetenz zum Handeln.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Streichungsantrag mit 28 : 16 Stimmen unterstützt.

300.365.12 Neuuniformierung

Kaspar Gehring: Die SP/WG-Fraktion kann das Vorgehen des Rates so nicht stehen lassen. Wettingen zeigt sich nicht sehr kulturfreundlich. Nun sollen verschiedene Beiträge gestrichen werden. Automatismen waren immer wieder das Thema. Unter diesem Titel hat es noch einen weiteren, grossen Automatismus drin. Unter 300.365.12 handelt es sich um die Jägermusik. Der hier eingestellte Betrag macht 10 % des gesamten Kulturförderungsanteils aus. Es stellt sich die Frage nach den massgeblichen Kriterien. Ist die Jägermusik soviel mehr förderungswürdig als die Kunst oder das Buch von Eduard Spörri. Ich stelle die Anträge, erstens Fr. 50'000.— zu streichen. Zweitens soll der Betrag unter Konto 300.365.01 um Fr. 50'000.— aufgestockt werden. Der Gemeinderat hätte damit die Mittel und die Kompetenz nach seinem Ermessen Förderbeiträge auszuschütten.

Vizeammann Heiner Studer: Ich bitte Sie, nach dem Antrag des Gemeinderates zu entscheiden. Es ist die logische Folge, die Jägermusik zu unterstützen, wie das in anderen Fällen schon geschehen ist. 1996 wurden die Harmonie Kloster, 1997 die Tam-

bourenvereinigung unterstützt. Keine Musikgesellschaft kann ohne Unterstützung der öffentlichen Hand eine Neuuniformierung vornehmen.

Kaspar Gehring: Für mich ist es ganz klar ein Automatismus. Gerade mit der Begründung von Herrn Studer ist klar erkennbar, dass es sich um einen Automatismus handelt. Denn aus den Ansprüchen der einen leiten andere für sich aus Gleichbehandlung einen Anspruch ab.

Leo Scherer: Ich schiebe noch ein paar Reizwörter hinterher. Blasmusik ist ein kulturelles Hobby. Bei einer Erneuerung der Uniformen im Rhythmus von 15 Jahren sollte es möglich sein, jährlich so viele Rückstellungen zu machen, dass das Hobby bzw. die Uniform selber finanziert werden kann. Hier haben wir den klassischen Fall einer Giesskannensubvention. Es wird nicht geschaut, wer bedürftig ist. Alle erhalten gleichviel.

Heinz Germann: Ich wende ein, dass Leo Scherer die Fragen in der Finanzkommission gestellt und der Gemeinderat glaubhaft gemacht hat, dass keine Kriterien bestehen, wie besser zugeteilt werden kann.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Streichungsantrag Gehring mit 24 : 16 Stimmen abgelehnt.

4 GESUNDHEIT

--

5 SOZIALE WOHLFAHRT

540.365.04 Beitrag an Verein Tagesfamilien

Thomas Meier: Der Betrag an den Verein Tagesfamilien ist einfach aus dem Jahr 1999 übernommen worden. Der Betrag wird auf der Basis der Einwohnerzahlen berechnet. Er lag bisher bei Fr. —.30. Gemäss Statuten werden die Beiträge jedes Jahr neu festgelegt. Anlässlich der letzten Generalversammlung im Frühling 1999 ist festgelegt worden, dass eine Erhöhung auf Fr. —.50 vorgenommen wird. Der Verein hat die Gemeinden dementsprechend rechtzeitig vor Budgeteingabe informiert. So müsste die Gemeinde Wettingen nun neu Fr. 8'800.— zahlen. Sollte der Betrag nicht überwiesen werden, würde die Mitgliedschaft der Gemeinde Wettingen im Verein Tagesfamilien erlöschen.

Wenn nicht angepasst wird, dann ist die Gemeinde nicht mehr Mitglied und würde nur noch einen Spendenbeitrag leisten. Beiträge an Familien werden aus den Mitgliederbeiträgen finanziert. Bei Nichtmitgliedsgemeinden muss die Gemeinde Kostengutsprache leisten.

Gemeinderätin Doris Stump: Die Gemeinde Wettingen arbeitet schon lange und gut mit dem Verein zusammen. Wir haben gute Erfahrungen gemacht in der Betreuung von Kindern. Der Verein hat auch andere Aufgaben übernommen. Der Gemeinderat hatte den Antrag auf Erhöhung im Juni vorliegend, lehnte aber eine Erhöhung ab. Der Gemeinderat hat aber offenbar vergessen, was die Konsequenz einer Nichtanpassung wäre. Aus diesem Grund ist auf den Gemeinderatsbeschluss zurückzukommen. Der gemeinderätliche Entscheid wurde schon mitgeteilt. Darauf kann zurückgekommen werden.

Abstimmung

In der Abstimmung wird der Erhöhung auf Fr. 8'800.— mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Asylantenbetreuung

Charles Meier: Wo sind die Kosten für die Asylantenbetreuung ausgewiesen?

Gemeinderätin Doris Stump: Die Gemeinde Wettingen hat die Betreuung der Asylbewerber dem Kanton abgetreten. Er betreut sie. Die Kosten werden aus der Bundeskasse finanziert. Wir haben deshalb keinen Posten im Voranschlag.

582.318.01 Planung und Beratung im Sozialwesen

Pia Müller: Gibt es einen Posten für die Planung der Pflegewohnungen?

Gemeinderätin Doris Stump: Die Wohnungen werden geplant. Die Gemeinde wird dabei durch den Kanton finanziell unterstützt. Während vier Jahren sind Fr. 250'000.— zugesichert. Werden aus dem genannten Budgetposten wenig dafür einsetzen. Ein separater Kreditantrag an den Einwohnerrat folgt im nächsten Jahr.

540.365.02 und 03 Beitrag an Kinderhort Dorf und Kinderkrippe Baden

Leo Scherer: Der Einwohnerrat hat einen Vorstoss von mir überwiesen. Darin wird eine Ueberprüfung gefordert. Hat der Gemeinderat einen finanziellen Spielraum, wenn im Jahr 2000 schon Resultate heraus schauen sollten? Können die beiden Posten zusammengelegt werden unter dem Begriff "ausserhäusliche Kinderbetreuung" und allenfalls aufgestockt werden?

Gemeinderätin Doris Stump: Es ist geplant, dass die Abklärungen für 2001 budgetwirksam werden. Bis dahin besteht kein Spielraum, der genutzt werden könnte.

Leo Scherer Ich stelle den Antrag, die beiden Konti 365.02 und 03 zusammenzufassen und aufzustocken auf Fr. 120'000.— und als "ausserhäusliche Kinderbetreuung" zu bezeichnen.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Antrag Scherer mit grosser Mehrheit abgelehnt.

6 VERKEHR

Charles Meier: Ich habe eine Frage zum Unterhalt auf verschiedenen Gemeindestrassen. Reicht dieser Posten für den sachgemässen Unterhalt?

Gemeindeammann Karl Frey: Nach den bisherigen Erfahrungen reicht er aus, unter Wahrung der nötigen Prioritäten.

7 UMWELT, RAUMORDNUNG

790.318.00 Honorare für Planung und Projektierung

Charles Meier: Was wird mit diesem Geld realisiert?

790.362.00 Beiträge an Regionalplanung

Charles Meier: Wieso wird der Beitrag an die Regionalplanung erhöht?

Gemeindeammann Karl Frey: Bei den Planungsaufwendungen sind keine Automatismen verborgen. In den Erläuterungen sind die Detailerklärungen nachzulesen. Die Aufwendungen sind aus verschiedenen Positionen zusammengesetzt. Die Position REPLA hat einen Zusammenhang mit dem Sparpaket 1 des Kantons. Da werden die finanzielle Leistungen des Kantons an die Planungsgruppen gekürzt. Aktive Regionalplanungsgruppen werden dadurch schlechter gestellt als andere. Die Beiträge wurden nicht linear gekürzt, sondern es sind fixe Beträge auf alle Planungsgruppen verteilt worden, was einerseits grosse und andererseits aktive Planungsgruppen überdurchschnittlich betrifft.

8 VOLKSWIRTSCHAFT

810.361.00 Beitrag für Waldschäden

Roland Kuster: Es wurde von der Finanzkommission festgestellt, dass unter diesem Konto keine Beträge eingestellt sind. Es hat sich herausgestellt, dass diese vergessen gegangen sind und ein Beitrag von Fr. 40'000.— als gebundene Ausgabe in den Voranschlag aufzunehmen ist.

Charles Meier: Ich habe einen formellen Einwand. Gemäss Auskunft des Försters handelt es sich um Beiträge an die Waldpflege. Das Thema Waldschäden und Waldsterben existiert eigentlich gar nicht mehr. Das Konto ist deshalb umzubenennen.

Abstimmung:

In der Abstimmung wird der Aufnahme eines Betrages von Fr. 40'000.— unter Konto 810.361.00 mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Roland Kuster: Nach unseren Auskünften sind die Beträge als gebundene Ausgabe unter dem Thema Waldschäden und nicht als Waldpflege in den Voranschlag einzustellen.

Gemeindeammann Karl Frey: Es ist nicht so wichtig, wie das Konto heisst. Es geht darum, dass die Mittel vorhanden sind, um die Rechnung zu zahlen, die vom Kanton unter dem Titel gestellt wird.

9 FINANZEN, STEUERN

900.401.00 Aktiensteuern

Roland Kuster: Die aufgrund der heutigen Beratung vorgenommenen Korrekturen sind formell noch unter diesem Konto zu verbuchen.

Einwohnerratspräsident: Der Mehraufwand beträgt Fr. 56'400.—. Der Ertrag der Aktiensteuern ist um den gleichen Betrag von Fr. 56'400.— zu erhöhen.

Kaspar Gehring: Natürlich ist es sinnlos einen Antrag zur Aenderung des Steuerfusses zu stellen. Persönlich halte ich aber fest, dass es wichtig wäre. Notwendiges ist vom Wünschbarem zu trennen. Wir sind mittlerweile soweit, dass wir Notwendiges und absolut Notwendiges trennen, nur um den Steuerfuss tief halten zu können.

Ich gebe den Denkanstoss, dass Steuerfuss nicht der einzige Standortfaktor für die Gemeinde darstellt. Die gute Lage und die Infrastruktur sind ebenso Massstäbe für den Standortvorteil.

Artengliederung

Charles Meier: Unter Sachaufwand sind 12 Mio. Franken als Sachaufwand für den Einkauf eingestellt. In der Privatwirtschaft haben viele Betriebe einen Spezialisten für den Einkauf. Wie ist es in der Gemeinde?

Gemeindeammann Karl Frey: Dem Thema wird Beachtung geschenkt. Bei allen Beschaffungen werden verschiedene Offerten eingeholt. Die Arbeiten und Lieferaufträge werden nach den Submissinonsrichtlinien vergeben.

EWV

--

STELLENPLÄNE

--

Beschluss des Einwohnerrates

In der folgenden Schlussabstimmung fasst der Einwohnerrat mit 39 : 9 Stimmen den Beschluss:

"Der Voranschlag des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie das Budget der Einwohnergemeinde werden genehmigt, wobei der Steuerfuss auf 95 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 5 % festgelegt werden."

4 Kreditbegehren von Fr. 595'000. — für den Ausbau der Staffelstrasse Nord, Teilstück Scharthenstrasse bis Obergrundstrasse und für den Neubau der Kanalisation

Leo Scherer: Der Ausbau wird nötig wegen des Neubaus der HPS. Gleichzeitig mit der Neugestaltung der Strasse werden die Werkleitungen erneuert. Es handelt sich um ein solides Projekt. Damit wird gewährleistet, dass die Kanalisation mittelfristig am günstigsten ist und nicht im Augenblick die billigste Variante gewählt wird.

Im Bereich der Strasse sind gute Lösungen gefunden worden. Auf Schüler und Schülerinnen wird Rücksicht genommen. Auf das angrenzende Grundeigentum wird ebenfalls Rücksicht genommen. Die Finanzkommission ist einstimmig dafür.

Marianne Weber: Ich stelle fest, dass mein Postulat damit erfüllt ist.

Beschluss des Einwohnerrates

In der folgenden Abstimmung fasst der Einwohnerrat einstimmig den Beschluss:

"Für den Ausbau der Staffelstrasse, Bereich Scharfenstrasse bis Rebhaldenstrasse sowie für die Kanalisation wird ein Kredit von Fr. 595'000.– bewilligt."

Wettingen, 3. Dezember 1999

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Der Präsident:

Alois Voser

Der Protokollführer:

Urs Blickenstorfer